

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 01/54. Jahrgang

Januar 2023

Schutzgebühr: 0,40 €

Härtefallfonds der Stadt: ungenügend

Auf der letzten Stadtverordnetenversammlung (StVV) stellte Martina Lennartz (fraktionslos, DKP) den Antrag, einen Härtefallfonds für die zu erwartenden Stromsperrn einzurichten. Dafür sollten die 2,5 Mio. Euro Aktiengewinne der Stadtwerke (SWG) genommen werden, die diese der Stadt Gießen jährlich auszahlen.

Der Strompreis steigt zum Jahreswechsel von etwa 20 Cent auf über 40 Cent/kWh, je nach Tarif. Für einen Haushalt mit einem jährlichen Verbrauch von 2.200 kWh bedeutet das knapp 400 Euro Mehrkosten pro Jahr.

Der ehrenamtliche Stadtrat Sozialdezernent Francesco Arman (Gießener Linke) stellte für den Magistrat den Antrag, dass 120.000 Euro ausreichen würden. Diese Summe beschloss die StVV mehr-



heitlich. 120.000 Euro sind lächerlich. Schon 2021 gab es 454 Stromsperrn. Pro Sperrung blieben

selbst ohne kommende Teuerungen nur 264 Euro pro Haushalt. Benötigt würden aber 400 Euro.

Fortsetzung auf Seite 2

Uniklinikum: Ausbeutung geht weiter

Beim unwürdigen Pokerspiel um die Zukunft des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM) haben die Rhön AG und ihr Mutterkonzern Asklepios die Landesregierung wohl ausgetrickst. 500 Mio. Euro will das Land in den nächsten zehn Jahren für Investitionen zur Verfügung stellen, nur ca. 300 Mio. die Rhön AG. In der Presse wird dieser Betrag „Eigenmittel“ genannt, tatsächlich

muss das Geld allerdings von der Belegschaft erwirtschaftet werden. Die Überlastung des Personals und die schlechte Patientenversorgung gehen also weiter.

Welche Zugeständnisse die Rhön AG macht, ist noch nicht klar. Wahrscheinlich wird sie auf einige der schlimmsten bei Asklepios üblichen Methoden zur Profitmaximierung verzichten, aber ihr kaufmännischer

Vorstand wird Wege finden, genug Geld für Dividenden und Boni herauszuschlagen. Ein großer Teil des Personals ist kampfbereit. Es hat dem Rhön-Vorstand ein 100-Tage-Ultimatum für einen Entlastungs-Tarifvertrag gestellt.

In der zuständigen Wissenschaftsministerin Angela Dorn

Fortsetzung auf Seite 2

Lebensgefahr für Radfahrer –
Verschleppung von Entscheidungen fordert Opfer: **S. 3**

Lauterbachs "Revolution" –
Profitmedizin bleibt –
Gesundheit als Ware: **S. 3**

Auf Kriegskurs – Werbung in Gießen für Ukraine-Krieg, DKP und SDAJ protestieren: **S. 4**

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Fortsetzung von Seite 1:

Härtefallfond der Stadt: ungenügend

Bevor es mit der Unterstützung losgeht, soll noch eine Kommission gegründet werden, die Richtlinien für das Konzept erstellt. Wirksam dürfte der Fonds demnach wohl erst ab Herbst 2023 werden. Außerdem muss der Antragsteller überprüft werden, ob er kein Darlehen auf-

stottern.

Ebenso unverständlich: Im November stellte die Stadt den Stadtwerken nach Beschluss der StVV bis zu 20 Mio. Euro als Absicherung für Energieeinkäufe auf dem Terminmarkt zur Verfügung. 20 Mio. Euro für die SWG und nur 120.000 Euro für die, die unter deren Rechnungen leiden? Das war in Deutschland einmal anders. Nach 1945 waren alle städtischen Versorgungsunternehmen dem Prinzip der Gemeinschaft verpflichtet. Das bedeutet, grundlegenden Elemente der Daseinsvorsorge (inklusive Energie und Gesundheit) befanden sich in öffentlicher Hand.

Durch die Privatisierung (UKGM) wird damit gebrochen. Jetzt machen die SWG große Gewinne, statt die Preise kostendeckend zu gestalten. Die Dividende landen zwar in der Stadtkasse, damit werden jedoch andere Löcher gefüllt. Mit Gemeinwirtschaft hat das nichts mehr zu tun.

Kälte und Armut lassen sich nicht durch Paragraphen beseitigen. Wir brauchen Hilfe sofort und unbürokratisch.

Wir wissen aber: Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben. Martina Lennartz

Fortsetzung von Seite 1:

Uniklinikum: Ausbeutung geht weiter

hat es allerdings keine Verbündete im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Bei einer Demonstration zur Unterstützung der Forderungen vor dem Gießener Klinikgebäude verweigerte sie ihre Unterstützungsunterschrift.

Der Umgang von Asklepios mit dem UKGM verstößt gegen Artikel 15 des Grundgesetzes – Eigentum verpflichtet, es soll gleichzeitig zum Wohle der Allgemeinheit verwendet werden. Wirklich verbessert werden kann die Situation nur, wenn die Kliniken wieder vergesellschaftet werden – dafür lohnt es sich, weiter zu kämpfen. Gernot Linhart



nehmen kann, um die Rechnung zu bezahlen. Das klingt unglaublich unverschämt. Von welchem Geld sollen die Raten gezahlt werden?

Aus der Sozialstrukturdatenberichterstattung 2020 ist zu entnehmen, dass es seit 2017 durchschnittlich 4984 Personen gibt, die den Gießen-Pass erhalten. Diese Familien und weitere Geringverdiener und Alleinerziehende werden z. T. weder Rechnungen zahlen können, noch in der Lage sein, Darlehen abzu-



Schwanenteich: Kommunalpolitischer Erfolg durch solidarisches Handeln

Einen bedeutenden Erfolg konnte die Bürgerinitiative „Rettet die Bäume am Schwanenteich“ feiern.

4917 vom Wahlamt gezählte Unterschriften von Gießener Bürgern und über 800 auswärtige Unterstützende fordern einen Bürgerentscheid, um 80 Bäume und Gebüsche am Ufer des Schwanenteichs vor dem Zugriff der städtischen Motorsägen zu retten.

Möglich wurde dies durch wochenlange konstruktive Diskussionen innerhalb der Initiative, in der Kräfte unterschiedlicher politischer Anschauungen versammelt sind. Zahlreiche Informationsstände, Flyer und eine Homepage informierten die Menschen in der Stadt. Es gab viele Dankesbekundungen aus

der Bevölkerung für den Kräfte kostenden Einsatz der Aktiven.

Fachwissenschaftlich unterstützt wurde die Initiative durch Horst Dreier, einen Fachmann auf dem Gebiet der Tonerden, und den „Schwanenteich-Biologen“ Dietmar Jürgens. Der BI kamen die Erfahrungen aus dem erfolgreichen Kampf gegen die Landesgartenschau 2014 zugute.

Auf der letzten Stadtverordnetenversammlung stellte Umweltdezernentin Weigel-Greulich den Antrag, der Initiative recht zu geben. Damit dürfen in den nächsten drei Jahren, außer Gehölz schonenden Reparaturen, keine Eingriffe vorgenommen werden.

Die BI erwartet außerdem

die Beseitigung der Sperren am Uferweg für die Bevölkerung.

Mit der BI ist eine Kraft entstanden, die schwergewichtig in die Auseinandersetzungen um weitere geplante Naturzerstörungen eingreifen kann.

Und wo war die Linke? Im Gegensatz zur DKP hörte die BI von ihr kein solidarisches Wort, erhielt keine Unterstützung. Vor zehn Jahren gehörte sie noch zu den Gegnern der Landesgartenschau. Heute hat sie sich durch ihre Regierungsunterstützung selbst aus dem Kreis der Fortschrittskräfte herauskatapultiert.

M. Berger

Lebensgefahr für Radfahrer sofort beseitigen

Etwa alle fünf Tage wird in Deutschland eine RadfahrerIn oder ein Radfahrer von einem rechts abbiegenden LKW überfahren. In mehr als der Hälfte der Fälle endet das tödlich. In Gießen war es im Dezember mal soweit. An der Ecke Marburger Straße/Sudetenlandstraße war ein 80-jähriger Radler das Opfer.

Es wäre einfach, diese Gefahrenquellen zu entschärfen. Es gibt zusätzliche Außenspiegel für Lkw, die den



toten Winkel verringern, und auch Abbiegeassistenten mit Kamera, die dem Fahrer zeigen, ob sich jemand neben seinem Fahrzeug befindet. Seit Jahrzehnten wird die verpflichtende Nutzung solcher Einrichtungen verschleppt, die jeweils zuständigen Verkehrsminister warten auf eine EU-weite Regelung.

Eine zweite Möglichkeit ist die Umgestaltung von Kreuzungen und Einmündungen. Die Haltelinien und Markierungen auf der Fahrbahn

können so gestaltet werden, dass sich die Fahrräder **vor** den Kraftfahrzeugen aufstellen und so deutlich sichtbar sind.

Der Gießener ADFC (Fahrradclub) macht die Stadt seit Jahren auf die Gefahrenquellen aufmerksam, die Behebung verläuft aber sehr schleppend. Seit dem jüngsten schrecklichen Unfall sollte klar sein: Zur Vermeidung weiterer Unglücke müssen sofort alle Kreuzungen und Einmündungen begutachtet und umgestaltet werden. Jeder Tag, an dem die Todesfallen weiter bestehen, ist einer zu viel.

Gernot Linhart

Lauterbachs „Revolution“ – Profitmedizin bleibt

Vor knapp 20 Jahren wurde die Finanzierung von Kliniken umgestellt. Bis dahin erstatten Krankenkassen per festen Tagesätzen die nachgewiesenen Kosten, Gewinne waren nicht möglich. Unter Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) und ihrem Berater Karl Lauterbach wurden auf die Diagnose bezogene Fallpauschalen eingeführt. Für jede Diagnose gibt es einen bestimmten Betrag, unabhängig davon, welcher medizinische und pflegerische Aufwand nötig ist. Von da an waren Profite möglich, wenn Fälle mit hohen Fallpauschalen mit geringem Aufwand erledigt werden konnten. Jetzt wurde es für Investoren interessant, Kliniken zu kaufen und nach Profitlogik zu führen.

Bald wurde deutlich, welche Diagnosen Geld bringen und welche zu Defiziten führen. Zum Beispiel wurden orthopädische und kardiologische Operationen hoch profitabel, natürliche Geburten und Kinderkrankheiten führten zu Verlusten. Da die politischen Verantwortlichen nichts daran änderten, schlossen seitdem etwa ein Drittel aller Geburtskliniken und -stationen, dazu viele Kinderkliniken und -stationen. Einige Kinderkliniken konnten

nur überleben, indem sie Spender fanden. Für Kindermedizin zu spenden, ist eine werbewirksame Sache, in Gießen fahren jährlich über hundert mehr oder weniger prominente Menschen mit dem Rad durchs Land und sammeln Geld, was schöne Reklame für die spendenden Firmen ist.

Jetzt hat eine Infektionswelle bei Kindern gezeigt, dass es zu wenig Klinikbetten für kranke Kinder, zu wenig Kinderärzte und zu wenig Pflegepersonal gibt. Endlich berichteten alle Medien über die längst bekannte Misere. Minister Lauterbach sah sich gezwungen zu handeln, flugs verkündete er eine „Revolution“ bei der Krankenhaus-

finanzierung. Endlich soll etwas eingeführt werden, was eigentlich selbstverständlich ist: Kliniken sollen nicht mehr nur für jeden behandelten Fall bezahlt werden, ein Teil des Budgets soll als fester Betrag für die Vorhaltung der Einrichtungen und des Personals gezahlt werden.

Grundsätzlich ändert sich an den Fallpauschalen aber nichts, Klinikkonzerne können weiter Profite machen und an ihre Aktionäre verteilen. Die Forderung bleibt aktuell: **Gewinne mit Pflege und Krankenversorgung müssen verboten werden, Kliniken und Pflegeheime gehören in öffentliche oder gemeinnützige Verantwortung!**

Gernot Linhart



* es lebe meine Revolution

Lauterbachs Revolution

Friedensmahnmal statt Kriegerdenkmal

In der Landgrafenstraße steht ein scheußliches Kriegerdenkmal – ein knieender Kämpfer auf einem quaderförmigen Sockel. Er soll an den Einsatz einer in Gießen stationierten Truppeneinheit im 1. Weltkrieg erinnern. Der Sockel bröckelt, deswegen soll die Anlage für 40.000 Euro saniert werden. Das Denkmal soll „historisch eingeordnet“ werden, dazu wird wahrscheinlich eine erläuternde Texttafel angebracht.

Gießen hat genug Erinnerungsstücke an Militarismus und Faschismus – das

Blut-und-Boden-Relief an der Mauer



der ehemaligen Bergkaserne, das Greif-Denkmal an der Licher Gabel und ein martialisches Denkmal in Kleinlinden.

Warum wird der Klotz in der Landgrafenstraße nicht in ein Friedensmahnmal umgestaltet? In der Stadt sind regelmäßig Street-Art-Künstler tätig. Diese könnte man beauftragen, die vier Seiten des Sockels mit Friedensmotiven zu gestalten. Das wäre ein Kontrapunkt zu der fragwürdigen Erinnerungskultur in Gießen.

Gernot Linhart

Strack-Zimmermann in Gießen auf Kriegskurs

Im Rahmen einer Ringvorlesung trug Frau Strack-Zimmermann (FDP), Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, am 19.12. im Hauptgebäude der Uni ihre Sicht auf den Krieg in der Ukraine und dessen Ursachen vor.

„Es geht um unsere Freiheit“, so Strack-Zimmermann, „...die Kosten für diesen Krieg tragen Sie und ich...“. Diese Aussagen sollen ein „Wir“ suggerieren, wo es kein „Wir“ gibt. „Sie und ich“ sind nicht gleich: 13,8 Millionen Menschen in Deutschland leben in Armut. Für diese Menschen ist der Preis, der gezahlt werden muss, ungleich höher als der für gut bezahlte Politikerinnen und Politiker.

Die Referentin wirbt für Unterstützung des laufenden Krieges.

Mit Aussagen wie „Putin ist der neue Hitler“ betreibt sie eine ungeheuerliche Verharmlosung des deutschen Faschismus.

Ihre durch nichts belegte Behauptung, dass die Russen systematisch ukrainische Frauen vergewaltigen und ihnen alle vorher die Hände brächen, damit sie sich nicht wehren könnten, erinnert an die „Brutkastenlüge“ von 1990. Damals wurde irakischen Soldaten von der US-Regierung vorgeworfen, Kinder aus Brutkästen herausgerissen zu haben. Schnell entpuppte sich diese Lüge als Erfindung der amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton. Oder an die Aussage des damaligen US-Außenministers Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat, der Irak besitze Massenvernichtungswaffen. Auch

dies stellte sich als Lüge heraus.

Unbeleuchtet blieb in dem Vortrag die Vorgeschichte des Krieges. 1990 gaben Bundesaußenminister Genscher und US-Außenminister Baker der damaligen UdSSR die Zusage, die NATO werde sich nach Beitritt der DDR zur BRD nicht weiter nach Osten ausdehnen. Russland ist der Rechtsnachfolger der UdSSR. Seit 1999 sind 14 Staaten der NATO beigetreten. Diese zentrale Frage, inwiefern dieser Wortbruch und das systematische Ignorieren russischer Sicherheitsinteressen etwas mit dem Krieg zu tun haben, beantwortete Strack-Zimmermann nicht.

DKP und SDAJ hatten „Protest gegen die Kriegstreiberin und Rüstungslobbyistin“ vor und während der Veranstaltung organisiert.

Henning Mächerle



Tarifikampf geht weiter

Die IG Metall war in der jüngsten Tarifauseinandersetzung mit dem Ziel angetreten, die Lohntabellen für die Beschäftigten signifikant zu erhöhen. Dabei hatte niemand die Illusion, mit Tarifpolitik allein die enormen Teuerungsraten aus-

gleichung von Gesamtmetall ein Erfolg der Streikenden und ihrer Gewerkschaft. Auf der anderen Seite musste die IG Metall mit der Laufzeit von 24 Monaten und dem späten Zeitpunkt der ersten tabellenwirksamen Auszahlungen im Juni 2023 dem Unternehmerverband Zugeständnisse machen.

Mit der Unterschrift unter diesen Abschluss ist die Tarifauseinandersetzung jedoch lange nicht beendet. Jetzt steht die Durchsetzung des Ergebnisses im „Häuserkampf“ in einer „zweiten Tarifrunde“ auf der Tagesordnung. Was in Betrieben mit hohen Organisationsgraden und streikerproben Belegschaften wahrscheinlich einfach durchzusetzen ist, kann sich in solchen mit anderen Kampfbedingungen als deutlich schwieriger erweisen. Und die Vergangenheit hat gezeigt, dass nicht alle Bosse bereit sind,

ausgehandelte Ergebnisse in ihren Unternehmen zu akzeptieren.

Hier könnte die sogenannte „Energienotfallklausel“ im jüngsten Abschluss den Unternehmern in die Hände spielen. Diese sieht Gespräche über „Anpassungen zwischen den Tarifparteien“ vor, sollte die Bundesregierung die Notfallstufe bei der Gasversorgung ausrufen oder einzelne Betriebe beim Unternehmerverband „Abweichungen von den Flächentarifverträgen (...) aufgrund von Produktionseinschränkungen infolge von Energieengpässen“ beantragen. Daher wird der Kampf im Betrieb und auf der Straße gegen die Abwälzung der Lasten von Krieg und Krise auf die arbeitenden Menschen auch nach dem erzielten Tarifabschluss weiter auf der Tagesordnung der IG Metall stehen müssen.

Ulf Immelt



gleichen zu können. Der nun erzielte Abschluss sieht eine Erhöhung der Entgelte von insgesamt 8,5% sowie steuerfreie Einmalzahlungen von insgesamt 3.000 Euro vor.

Dies ist auch angesichts der monatelangen Verweigerungshal-

Gießener Frauen – Opfer, Mitläuferinnen und Täterinnen im Nationalsozialismus

44 Lehramtsstudentinnen haben sich unter Anleitung ihrer Dozentin Randi Becker mit dem o. g. Thema beschäftigt und eine Broschüre erstellt. In 48 Kapiteln werden einzelne Frauen vorgestellt sowie NS-Organisationen und verschiedene Aspekte des Lebens in der NS-Zeit behandelt. Die Texte sollen exemplarisch einen Querschnitt des Verhaltens von Frauen in der Zeit von 1933 bis 1945 vorstellen. Bei einigen Überlebenden wird auch die Zeit nach 1945 betrachtet.

Die Autorinnen stützen sich in ihren Texten vor allem auf frei zugängliche Quellen. Der größte Teil ist Opfern gewidmet, die aus verschiedenen Gründen – Ethnie, Religion, politische Einstellung, Krankheit, Nationalität – verfolgt wurden. Vorgestellt werden auch Täterinnen, die der NS-Ideologie anhängen und andere Frauen verfolgten oder verrieten. Ein Kapitel stellt Martha Mendel vor, eine im 3. Reich prominente Fliegerin. Sie wurde nach dem Krieg als „unbelastet“ ein-

gestuft, nach ihr ist der Weg zum Segelflugplatz in der Wieseckau benannt. Zwei der vorgestellten sind Widerstandskämpferinnen (Mildred Harnack und Ria Deeg), eine weitere (Elisabeth Will) wird

abgesehen, gab es in Gießen wenig Widerstand.“ Mildred Harnack promovierte vor dem Krieg an der Gießener Uni. Im Widerstand war sie in Berlin, dort wurde sie hingerichtet. In Gießen wurde das ehemalige Otto-Eger-Heim nach ihr benannt, vor einem neuen Uni-Gebäude am Alten Steinbacher Weg ehrt eine Stele sie.

Allen Frauen wird in der Broschüre auf einem Stadtplan ein Ort zugeordnet. Bei Ria Deeg ist es die Plockstraße, wo für drei jüdische NS-Opfer (Agnes von Zahn-Harnack, Margarete Bieber, Hedwig Burgheim) Bronze-Köpfe stehen. Die Broschüre kann ein weiterer Anstoß sein, das Ensemble durch einen Kopf für Ria Deeg zu ergänzen. Bis jetzt gibt es in Gießen keinen Ort, der an ihren antifaschistischen Widerstand in der Stadt erinnert.

Die Broschüre ist bei der Touristeninformation in der Schulstraße 4 und beim AStA kostenlos erhältlich.

Gernot Linhart



Eine lesenswerte Broschüre

entsprechend der in Gießen vorherrschenden Lesart dem Widerstand zugerechnet. Bei dieser und bei Ria Deeg werden bestehende Differenzen in der Beurteilung benannt.

Zum Widerstand wird der Gießener NS-Forscher J. P. Jatho zitiert: "Wird von den Kommunisten

„Was lange währt...“

85 Jahre nach dem Tod des Malermeisters Heinrich Mootz gab es jetzt an dessen damaligem Wohnhaus in Wetzlar eine offizielle Ehrung des kommunistischen Widerstands. Die im Beisein von OB Manfred Wagner (SPD) enthüllte Tafel ist die 15. von 21 vom Verein „Wetzlar erinnert“ aufgestellten Gedenktafeln über Täter, Opfer und Widerstand in der Nazi-Zeit.

Während der „Rettungswiderstand“ des Fabrikanten Ernst Leitz II (NSDAP-Mitglied) und der SPD-Widerstand vor Ort breit dokumentiert und bekannt gemacht wurden, blieben mutige Aktionen und Biografien von KPD-Angehörigen aus Wetzlar über Jahrzehnte mit einem Tabu belegt.

Mootz wurde als erster Wetzlarer am 1.3.1933 per Notverordnung in einem Schnellverfahren zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Er hatte den Aufruf der Reichsregierung „14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert“ mit

Farbe komplett überpinselt. Er war für die „Rote Hilfe“ tätig, wurde im Mai 1935 wieder verhaftet und wegen „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Ein halbes Jahr nach Haftentlassung nahm man ihn erneut fest.



Mehrere Söhne des achtfachen Vaters H. Mootz und Schwiegersohn Alfred Roscher waren ebenfalls als Nazi-Gegner in Gefängnissen und im KZ Esterwegen interniert.

Mootz starb am 5.2.1937 68-jährig im Zuchthaus Kassel-Wehlheiden an Lungenentzündung. Das Wachpersonal habe „nachgeholfen“, berichteten Mitgefangene. Das Doppelgrab mit seiner Frau Margaretha wurde per Magistratsbeschluss 2022 zum städtischen „Ehrengrab“ erklärt.

Zur Tafelenthüllung am 17.12. waren rund 50 Nazi-Gegner anwesend. Angehörige der Familien Mootz/Roscher versorgten sie mit heißen Getränken. Erich Schaffner sang – am Klavier begleitet von Georg Klemp – Lieder der Freiheits- und Arbeiterbewegung (Solidaritätslied, Lied vom SA-Mann, Moorsoldaten). Im Anschluss an die Kundgebung in der Rosengasse legten DKP- und Linke-Mitglieder zusammen mit Nachfahren von Heinrich und Margaretha Mootz am Grab auf dem Alten Wetzlarer Friedhof einen Kranz nieder.

Klaus Petri

**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt
Kämpfen statt...

Drei Wochen gratis.
Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

Heuschrecke ins Wirtschaftsministerium

Wirtschaftsminister Habeck holt eine Wirtschaftswissenschaftlerin des Vermögensverwalters *Blackrock* als Staatssekretärin ins Wirtschaftsministerium. Prof. Dr. Elga Bartsch soll die Grundsatzabteilung leiten. *Blackrock* ist über 8 Billionen US-Dollar schwer und der ehema-

lige SPD-Chef Franz Müntefering nannte *Blackrock* „Heuschrecke“. Auf alle Fälle ist diese Firma der größte Vermögensverwalter weltweit und in der Mehrzahl der deutschen Dax-Unternehmen involviert. Deutlicher kann die Übernahme der Bundesrepublik durch das Kapital

nicht symbolisiert werden. Der Kapitalismus breitet sich immer ungehemmter aus.

Führende politische Positionen werden von Vertreterinnen und Vertretern des Kapitals besetzt. Der sogenannte Oppositionsführer und CDU-Parteichef Friedrich Merz war vor seiner Rückkehr in die Politik Aufsichtsratschef von *Blackrock Deutschland*.

Die Einsetzung von Bartsch war eine personelle Entscheidung der Grünen, die schon lange mit ihrer angeblichen feministischen und wertorientierten Außenpolitik kriegslüsteres Geschrei äußern: „Waffen! Waffen! Waffen!“ Die Aktienkurse der deutschen Rüstungsproduzenten explodierten daraufhin. Nun wird auch das Wirtschaftsministerium weiter auf stramm monopolkapitalistischen Kurs gebracht.

H.R.

UZ – UNSERE ZEIT SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG

- ... erklärt, wie der Imperialismus funktioniert und hilft, Gegenwehr zu entwickeln.
- ... ist solidarisch mit den Geflüchteten und nennt die Fluchtverursacher beim Namen.
- ... beteiligt sich in antifaschistischer Tradition am Kampf gegen alte und neue Nazis.
- ... informiert über Diskussionen in den Gewerkschaften und in der linken Bewegung.



JETZT SECHS WOCHEN GRATIS PROBELESEN

Keine Revolution in Brasilien

Am 30.10. erzielte der ehemalige Präsident Luiz Inácio Lula da Silva von der Arbeiterpartei (PT) den Wahlsieg über den faschistischen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro mit dem knappsten Ergebnis der Landesgeschichte. Alle bürgerlichen Kommentatoren waren überrascht. Wie konnten die faschistischen Kräfte überhaupt zu solch einer Stärke gelangen?

Brasilien war von 1964 bis 1985 eine Militärdiktatur. Erst die Verfassung von 1988 war wieder eine bürgerliche-demokratische. Der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gelang es, zwischen 2003 und 2016 den Präsidenten (Lula) zu stellen. Lula versuchte in seiner ersten Amtszeit die Staatsverschuldung zu reduzieren und brachte zwei wichtige sozialpolitische Programme auf den

Weg. Die Finanzierung erfolgte überwiegend durch den Verkauf von Rohstoffen.

Obwohl die Armut sich verringerte, änderten sich die grundlegenden Machtverhältnisse nicht. Ein Teil der herrschenden Klasse setzte in dieser Zeit zwar auf die PT, aber schon die „sozialpolitischen Experimente“ gingen ihr zu weit.

Im Zug der sich verschärfenden Krise des brasilianischen Kapitalismus 2015/16 unterstützte sie wieder faschistische Kräfte. Die PT hatte nie versucht, die Massen gegen das herrschende System zu mobilisieren, wie es Chavez in Venezuela getan hatte. Die PT beschränkte weder die Macht des Militärs, noch setzte sie der ideologischen Macht der evangelikalen Kirchen viel entgegen. Ganz im Gegenteil: Lula

wollte den brasilianischen Kapitalismus modernisieren und ihn nicht abschaffen.

Der radikalisierten Rechten gelang es, Teile der Mittelschichten für sich zu mobilisieren. Auch die Menschen in den Favelas haben keineswegs geschlossen für Lula gestimmt.

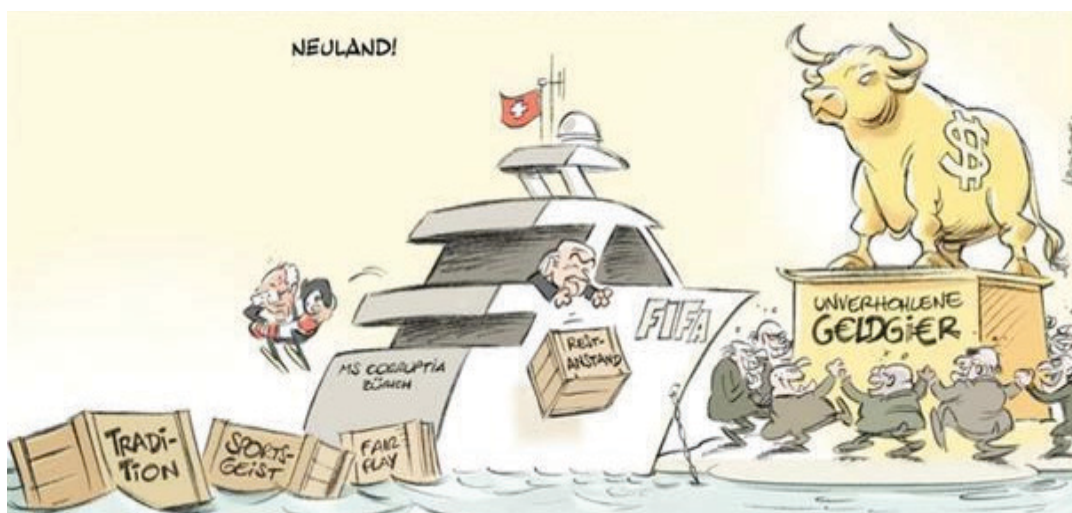
Die Gefahr eines Militärputsches in Brasilien ist nicht vom Tisch. Bolsonaro hat überall im Staatsapparat seine Leute sitzen und Lula scheint auf Ausgleich zu setzen. Er wird deshalb das neoliberale Programm seines Vorgängers im Prinzip fortsetzen, weil ihm für einen Kampf mit der herrschenden Klasse eine radikale, fortschrittliche Massenbewegung fehlt.

Henning Mächerle

Katar und die Heuchelei des Westens

Die Heuchelei des Westens, vor allem der BRD, erreicht am Beispiel Katars einen neuen Höhepunkt. Dass Katar keine lupenreine Demokratie ist, kann man aus jedem Lexikon erfahren.

Katar ist eine absolute Monarchie. Von den 2,7 Mio. Einwohnern sind nur 10% Staatsangehörige Katars. Die Mehrheit der Bevölkerung besteht aus Arbeitsmigranten. Dies ist die höchste Quote weltweit. Staatsreligion ist der sunnitische Islam und das Rechtswesen basiert auf der Scharia. Die katarische Regierung unterstützt die Muslimbrüder und die Hamas. Katar steht bei der Vorherrschaft auf der arabischen Halbinsel in Konkurrenz zu Saudi-Arabien. Von 2017 bis 2021 brachen einige arabische Staaten unter Führung Saudi-Arabiens die diplomatischen Beziehungen ab. Auch der Westen kritisierte immer wieder die Lage der Menschenrechte, vermied aber aus geostrategischen und ökonomischen Gründen den Bruch mit



der Monarchie. Vor allem die USA sind ein enger Verbündeter. Sie unterhalten in Al Udeid einen Luftwaffenstützpunkt. Am Libyenkrieg beteiligte sich Katar mit eigenen Kampf- und Transportflugzeugen. Es unterstützte islamistische Terrorgruppen, die den Bürgerkrieg in Libyen anheizten und die später in Syrien gegen Assad zum Einsatz kamen.

Das Fußballsystem der FIFA ist ein abschreckendes Beispiel für den modernen Monopolkapitalismus, **es geht nur um eines – ums Geld verdienen**. Offen und ungeschminkt. Auch bei der Vergabe der Weltmeisterschaften an Deutsch-

land (2006), Südafrika (2010) und Russland (2018) war geschmiert worden. Seit der Vergabe 2010 werden mit der WM in Katar gewaltige Geschäfte gemacht. Katar selbst hat über 200 Milliarden Dollar investiert. Vor allem deutsche Firmen haben gut verdient. Das Planungsbüro Albert Speer und Partner erstellte den Generalplan für die Weltmeisterschaft und die Entwürfe für die acht Fußballstadien. Viele andere Firmen wie Siemens und die Deutsche Bahn waren auch dabei.

Wenn die Bundesregierung von Menschenrechten redet, geht es nur um eines: Heuchelei.

Henning Mächerle



Termine

Fragen oder Anmeldungen an
giessen@dkp.de

11.01.2023 um 19 Uhr:

Gruppenabend / MV DKP GI,
Winchester-Zimmer

13. und 27.01.2023 um 19 Uhr:

Stammtisch im Chamäleon

14.01.2023: Rosa-Luxemburg-
Konferenz in Berlin; siehe auch:

<https://www.jungewelt.de/rlk>

Den dritten Welt Krieg stoppen

Jetzt!

XXVIII. INTERNATIONALE
ROSA-LUXEMBURG-
KONFERENZ
SA. 14.1.2023 | MOA BERLIN

Livestream: [jungewelt.de/rlk](https://www.jungewelt.de/rlk) **junge Welt**

15.01.2023: Luxemburg-
Liebknecht-Demonstration in
Berlin; siehe auch:

<http://www.ll-demo.de>

LUXEMBURG-
LIEBKNECHT-
DEMONSTRATION

Wer mitfahren möchte, bitte bei
uns melden: giessen@dkp.de

16.01.2023 um 17 Uhr:

Kundgebung zum 120. Geburts-
tag von Hans Rosenbaum, am
Stolperstein Katharinengasse 11

25.01.2023:

Redaktionsschluss für das
Februar-Echo

26.01.2023 um 18 Uhr:

Bildungsabend der DKP,
Mesopotamisches Kurdisches
Kulturzentrum, Ederstr. 16

09.02.2023 um 19 Uhr:

Buchvor-
stellung:
"Ein will-
kommener Krieg" von
und mit
**Wolfgang
Gehrcke**,
Kerkra-
de-
Zimmer



11.02.2023 um 15 Uhr:

"Heizung, Brot und Frieden —
was ist zu tun?" mit Dieter Dehm
und Ulf Immelt im Posthotel
Johannesberg, Lauterbach

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** war der Aufmacher eine massive Gebührenerhöhung für kommunale Leistungen wie Gas, Wasser, Müllabfuhr und Straßenreinigung. Beschlossen wurden die Erhöhungen vom Stadtparlament. Das war damals noch nötig, da diese kommunalen Betriebe noch nicht in GmbHs oder Aktiengesellschaften umgewandelt waren. Die DKP gründete eine außerparlamentarische Stadtverordnetenfraktion, um das Geschehen im Stadtparlament angemessen zu begleiten.

Karstadt und Horten – Angst bei den Kollegen – das war vor **40 Jahren** Thema. Horten gibt es schon lange nicht mehr, und bei Karstadt gibt es in immer kürzeren Abständen Gründe für Angst um den Arbeitsplatz.

Vor **30 Jahren** begann der Ausstieg aus der Kernenergie – überraschenderweise durch Vertreter der Energiewirtschaft. VEBA und RWE verzichteten auf Bauanträge für neue Kernreaktoren und empfahlen, auf Nutzung von Plutonium und die Erkundung des Endlagers Gorleben

zu verzichten. Das geschah aus rein wirtschaftlichen Gründen. Strom aus Kernenergie war nicht mehr konkurrenzfähig.

Vor **20 Jahren** trat in Gießen eine kurz zuvor beschlossene Gefahrenabwehrverordnung in Kraft. Bei der Verabschiedung wurden Kritiker der von CDU, FDP und FWG formulierten Vorlage durch ein riesiges Polizeiaufgebot fern gehalten. Die Regeln waren eindeutig gegen Arme und Obdachlose gerichtet, sie wurden mit sinnlosen hohen Geldstrafen bedroht. Die Zahl der Obdachlosen und Bettler hat sich seitdem vervielfacht.

Vor **10 Jahren** ging es um ein Thema, das heute noch aktuell ist – das privatisierte Uniklinikum. Damals hatten viele Beschäftigte das von einem Gericht zugesprochene Recht auf eine Rückkehr in den Landesdienst wahrgenommen. Die Rhön AG verweigerte ihnen das Weihnachtsgeld, weil sie diesen Antrag als Kündigung wertete.

Gernot Linhart

Wir verabschieden uns von

Heinz Schäfer

22.6.1950 bis 17.12.2022

Unser Freund und Kampfgefährte ist nach kurzer schwerer Krankheit gestorben.

Heinz hatte sich im Beruf und in der Freizeit für Frieden und eine sozialere und bessere Welt engagiert.

Wir werden sein Ansehen in Ehren halten und in seinem Sinne weiter wirken.

DKP Gießen



Lösung des Kreuzworträtsels im Dezember-Echo: *WINTER*

Gießener Echo

Bitte Abogebühren bezahlen und spenden!

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen – **E-Mail:** giessen@dkp.de – **Internet:** www.giessen.dkp.de